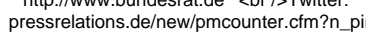




## Bundesrat sieht bei Jugendarbeitslosigkeit akuten Handlungsbedarf

Bundesrat sieht bei Jugendarbeitslosigkeit akuten Handlungsbedarf  
Die Länder wollen die Jugendarbeitslosigkeit in der EU stärker bekämpfen. In einer heute gefassten EntschlieÙung sehen sie im Hinblick auf die massive Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit akuten Handlungsbedarf auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang weisen sie darauf hin, dass in der EU zwischenzeitlich 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit sind. Die bisher ergriffenen europäischen Maßnahmen seien zwar grundsätzlich richtig, aber nicht ausreichend. Vielmehr bedürfe es zur Förderung von Wirtschaftswachstum einer europäisch koordinierten Wirtschaftsstrategie mit nachhaltigen Investitionen. An die Bundesregierung appelliert der Bundesrat, Initiativen zur Förderung der grenzüberschreitenden und internationalen beruflichen Bildung zu konzipieren und hierbei auch die Erfahrungen und Kenntnisse der Länder zu berücksichtigen.  
Bundesrat | Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst  
Postanschrift: 11055 Berlin  
Telefon: 030 18 9100-170  
Fax: 030 18 9100-198  
E-Mail: newsletterredaktion@bundesrat.de  
Internet: <http://www.bundesrat.de>  
Twitter: [www.twitter.com/BundesratDE](http://www.twitter.com/BundesratDE)  
Verantwortlich: Camilla Linke  


### Pressekontakt

Bundesrat

10117 Berlin

[newsletterredaktion@bundesrat.de](mailto:newsletterredaktion@bundesrat.de)

### Firmenkontakt

Bundesrat

10117 Berlin

[newsletterredaktion@bundesrat.de](mailto:newsletterredaktion@bundesrat.de)

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ist der Bundesrat als Vertretung der Länder das föderative Bundesorgan. Er entscheidet mit über die Politik des Bundes und bildet damit zum einen ein Gegengewicht zu den Verfassungsorganen Bundestag und Bundesregierung und er ist zum anderen ein Bindeglied zwischen Bund und Ländern.